

Erstmal wöchentlich 5 Pfennig. Illustrierte Wochenblätter: Der Weltspiegel, ...



Verkaufs- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Leipziger Straße 109, ...

Berliner Tageblatt

Nr. 174 Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

54. Jahrgang Dienstag, 14. April 1925

Briand Herriots Nachfolger?

Die Rehrseite der Medaille.

Vor der offiziellen Bekräftigung. Ein provisorisches Kabinett? — Verhandlungen mit den Parteien. — Um die Befestigung der Sozialisten. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Die Lösung der Ministerkrise ist noch nicht so schnell erfolgt, wie man hier gewünscht hätte. Es wird dem Lande bald zum Bewußtsein kommen, einen wie schlechten Dienst der Senat Frankreich mit dem Sturz der Regierung Herriot erwiesen hat.

In allen politischen Kreisen wird die Frage lebhaft erörtert, wie eine Einigung zwischen Senat und Kammer möglichst schnell herbeigeführt werden kann. Auch die Opposition ist sich darüber klar, daß die finanzielle Situation eine rasche Lösung der Krise notwendig macht.

Diese Frage ist von Bedeutung, da sie bei den ersten Besprechungen des Präsidenten Doumergue bereits aufgeworfen worden ist. Doumergue empfing am ersten Feiertag zunächst Painlevé und bot ihm die Bildung des Kabinetts an.

Der Präsident der Republik ließ darauf Briand zu sich bitten und schlug diesem vor, das Kabinett zu bilden. Briand erwiderte jedoch, daß er eine endgültige Antwort erst nach dem Befragen seiner politischen Freunde erteilen könne.

Am zweiten Feiertag wiederholte sich dann das gleiche Spiel. Der Präsident der Republik hatte wiederum Painlevé zu sich bitten lassen und ihm nochmals die Bildung des Kabinetts angetragen.

Präsident gesucht werden, der ein entschieden nach links orientierter Republikaner sei. Er selbst sei nicht die geeignete Persönlichkeit, da er an allen politischen Schlächten der letzten Jahre zu stark beteiligt gewesen sei.

Auf die Frage, wie er sich zu der Bildung eines provisorischen Ministeriums stelle, antwortete Briand: „Das ist zunächst Sache des Präsidenten der Republik. Ferner muß man wissen, ob eine solche Frage verfassungsgemäß und technisch möglich ist.“

Heute nachmittag um 2½ Uhr wurde de Monzie vom Präsidenten der Republik empfangen. Er gab über seine Unterhaltungen keine Erklärungen ab. Briand setzte am Nachmittag seine Besprechungen bei den Partnern der Mehrheit fort.

Briand hatte heute abend gegen 7 Uhr dem Präsidenten der Republik einen neuen Besuch abgestattet, aber ihm noch keine endgültige Antwort gegeben.

Die Bemühungen des Präsidenten Doumergue, Painlevé oder Briand für die Bildung der neuen Regierung zu gewinnen, beweisen, daß der Triumph der Opposition über Herriots Sturz verfrüht gewesen ist. Die Politik, die mit den Wahlen vom 11. Mai 1924 eingeleitet worden ist, bleibt bestehen.

Ein sozialistisches Kabinett in Belgien?

Aus Brüssel wird mitgeteilt, daß der Landeskongress der Sozialistischen Partei am Dienstag zummittelft, um die Frage der Regierungsbildung zu erörtern. Wie der „Matin“ mitteilt, ist es wahrscheinlich, daß der König am Mittwoch eine Persönlichkeitsliste der Sozialistischen Partei mit der Aufgabe betrauen wird, das Kabinett zu bilden.

Don Paul Steinborn (Nachdruck verboten.)

Das Osterfest liegt hinter uns und, wenn nicht alle Zeichen trügen, dann wird in der deutschnationalen und völkischen Presse unwehentlich der kulturimperialistische Feldzug gegen Marx und das Zentrum, die wirfte Seite gegen alles, was Demokratie und Republik heißt, mit jener Brutalität der Mittel entfesselt werden, die heutzutage in diesen Kreisen als deutsch und wahrhaft national angesehen wird.

Je näher der Wahltag kommt, desto unwidersehlicher setzt sich eben die Erkenntnis durch, daß es ein frevelhaftes Unterfangen war, einen fast achtzigjährigen unpolitischen Greis als Kandidaten für das höchste politische Amt der Republik herauszustellen, ohne daß man sich auch fragte, was geschehen solle, wenn er entsprechend der tönenen Forderung seiner Drahtzieher wirklich gewählt werden sollte.

Man versteht es deshalb durchaus, wenn sich in den Reihen der Bayerischen Volkspartei der Widerspruch anmeldet und wenn von der Deutschen Volkspartei verlautet, daß die Anhänger der Partei draußen im Lande in wachsendem Maße eine Verantwortung abhebt, die die eigenen Führer der Partei von sich weisen, indem sie die Auffstellung des ehrwürdigen Greises in Hannover aus moralischen, ethischen, innen- und außenpolitischen Gründen bis zur letzten Minute befehligen und ihr schließlich (nicht zufälliger, sondern nur) nicht mehr widersprechen, als sie sich im Ablehnungsfalle auf das tote Geleis einer Parteikandidatur Jarres manövriert haben.

Man muß doch nämlich folgendes bedenken: Es stellt sich jetzt immer deutlicher heraus, daß es nicht genüge, den alten Herrn aus seiner Stille herauszuheben und zu sagen: „Hier ist er — nun wählt ihn!“, sondern daß draußen im Lande, sogar in deutschnationalen Kreisen die Antwort darauf lautet: „Aber um Gotteswillen, das ist doch geradezu ein Verbrechen an dem ehrwürdigen Greise und an uns selber!“